

Fraktion CDU
Fraktion DIE LINKE
Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim

Vorlage-Nr.: BV/690/2011

Betreff: **Neuabschluss eines Vertrages über die Wegenutzung für das Medium Strom und für das Medium Gas**

Beratungsfolge:

Hauptausschuss	08.12.2011	Vorberatung
Ausschuss für Energiewirtschaft	13.12.2011	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	15.12.2011	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Bürgermeister zu ermächtigen und zu beauftragen, einen Vertrag über die Wegenutzung für das Medium Strom für das Gebiet der Stadt Eberswalde mit der E.ON edis AG mit einer Laufzeit von fünf Jahren vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2016 abzuschließen, wenn nicht die beiden anderen Interessenten für das Stromnetz einen Vertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren abschließen wollen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Bürgermeister zu ermächtigen und zu beauftragen, einen Vertrag über die Wegenutzung für das Medium Gas für das Gebiet der Stadt Eberswalde mit der EWE AG mit einer Laufzeit von fünf Jahren vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2016 abzuschließen, wenn nicht die beiden anderen Interessenten für das Gasnetz einen Vertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren abschließen wollen.

...

3. Sollten neben der E.ON edis AG bzw. der EWE AG einer oder die beiden anderen Interessenten einen Wegenutzungsvertrag für Strom und/oder Gas mit einer Laufzeit von fünf Jahren abschließen wollen, wird der Bürgermeister beauftragt, nochmals mit allen Interessierten Verhandlungen durchzuführen. Die Stadtverordnetenversammlung ist über das Ergebnis dieser Verhandlungen zu informieren, so dass sie dann eine Entscheidung darüber fällen kann, wer den Zuschlag für die fünf Jahre erhält.

Begründung:

Die derzeitigen Wegenutzungsverträge für Strom und Gas für Eberswalde (einschließlich Spethausen) laufen zum 31. Dezember 2011 aus. Die Bekanntmachung der Neuvergabe hierfür ist nach § 46 Absatz 3 EnWG rechtzeitig erfolgt und die Frist für die Interessenbekundung ist inzwischen abgelaufen.

Die interessierten Firmen haben ihre Interessen bekundet und der Stadt Eberswalde entsprechende Angebote unterbreitet. Dazu wurden Verhandlungen und Nachverhandlungen mit der Stadt durchgeführt und die Ergebnisse dem Ausschuss für Energiewirtschaft vorgestellt.

Zwei Machbarkeitsstudien, die zur Rekommunalisierung des Betriebs der Strom- und Gasnetze in Eberswalde erstellt wurden, haben so unterschiedliche Aussagen geliefert, dass eine Entscheidung zur Rekommunalisierung nicht bis zum 31.12.2011 gefällt und umgesetzt werden kann.

Um den vertraglosen Zustand ab 01.01.2012 mit seinen erheblichen rechtlichen Unsicherheiten und nachteiligen Auswirkungen auf die Stadt Eberswalde zu vermeiden und gleichzeitig ausreichend Zeit für eine Vergewisserung zu Chancen und Risiken eines Betriebs der Strom- und Gasnetze durch die Stadt Eberswalde zu haben, sollen zunächst nur Konzessionsverträge für fünf Jahre abgeschlossen werden. In dieser Zeit sind die Ziele einer Rekommunalisierung sowie die finanziellen und gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen hinreichend zu klären sowie die Entwicklung der Strom- und Gasmärkte zu beobachten, so dass im Jahr 2016 eine Entscheidung nach ausreichender politischer Diskussion gefällt werden kann. Die fünf Jahre Laufzeit sind erforderlich, da alle Beteiligten bekundet haben, dass die Entscheidung nicht unter Zeitdruck und nur nach ausführlicher Diskussion gefällt werden soll.

Den Zuschlag für die Laufzeit der Konzessionsverträge bis zum 31.12.2016 sollen die jetzigen Konzessionsinhaber erhalten, weil sie ihre Leistungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt haben, ein Neuerwerber den Kaufpreis für die Netze in den fünf Jahren vermutlich nicht refinanzieren kann und deshalb ein Wechsel der Konzessionsnehmer nicht sinnvoll erscheint. Den Interessenten soll dennoch die Möglichkeit eingeräumt werden, sich auch bei einer Laufzeit von nur fünf Jahren zu beteiligen.

Die abzuschließenden Wegenutzungsverträge dürfen nicht hinter den erreichten Verhandlungsstand im laufenden Interessenbekundungsverfahren zurückfallen.

gez. Blumenkamp
Fraktion CDU

gez. Sachse
Fraktion DIE LINKE

gez. Tieloff
Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim